

Obliegenheiten nach Deckungsablehnung?

zum Urteil des BGH VersR 2013, 609

Dt. Verein für VersWissenschaft 19. März 2015

Obliegenheiten nur bis zur Deckungsablehnung

- BGHZ 107, 368 = VersR 1989, 842; BGH VersR 2007, 1116
- Sachverhalt BGH VersR 1989, 842
 - Der Kl. unterhielt bei der Bekl. eine Feuerversicherung und eine Feuer-Betriebsunterbrechungsversicherung. Am 14.03.1978 führte ein Brand auf dem Betriebsgelände des Kl. zu Schäden.
 - Die Verhandlungen über die zu leistende Entschädigung brachten keine Einigung, sodass der Kl. am 23.03.1982 Klage einreichte. Die Bekl., die vor Klageerhebung keine Leistungsablehnungserklärung abgegeben hatte, reichte am 25.10.1982 Klageabweisungsantrag ein (= Deckungsablehnung).
 - Ende Dezember 1982 veranlasste der Kl. den Zeugen G. zur Falschaussage. Daraufhin berief sich die Bekl. auf Leistungsfreiheit, da der Kl. versucht habe, sie arglistig zu täuschen.

Begründung BGH VersR 1989, 842

- Wie in der Haftpflichtversicherung (BGH VersR 1959, 499; BGH VersR 1967, 27; BGH VersR 1970, 169) sind auch in der Sach- und Personenversicherung Obliegenheiten

nur bis zu einer Deckungsablehnung

durch den Versicherer zu erfüllen, denn.....

- der Versicherungsnehmer muss keine Vertragspflichten mehr erfüllen, wenn der Versicherer seinerseits den ihm auferlegten Vertragspflichten (in der Regel die Deckung eines eingetretenen Versicherungsfalls) nicht nachkommt.

- Unstreitig:
- Wiederaufleben der Obliegenheiten nach Deckungsablehnung, **wenn Deckung erneut geprüft** wird
- BGHZ 107, 368 = VersR 1989, 842; OLG Saarbrücken ZfS 2004, 524; OLG Köln VersR 1998, 317; Prölss/Martin-Prölss, § 28 Rn. 42, Römer/Langheid, § 104 Rn. 9; *ders.* in: Langheid/Wandt, § 104 Rn. 35 ff.; Prölss/Martin-Lücke, § 104 Rn. 21 (noch weitergehend Prölss, a.a.O., der Erfüllungspflicht schon annimmt, wenn der Versicherer zu erkennen gibt, dass er trotz Ablehnung auf die Erfüllung der Obliegenheiten Wert legt)

Wiedereinstieg des Versicherers

- Neue Eigen-Erkenntnisse des Versicherers
- Rechtskräftiges Grund- oder Feststellungsurteil
 - BGH r+s 1992, 1 = VersR 1991, 1129 mit Anm. *Langheid*
r+s 1992, 3; *Knappmann* NVersZ 2000, 69
- Gegenvorstellungen des VN in einem
„Wiederaufnahmeantrag“

HÄUFIGSTER FALL: Wiederaufnahmeantrag

- Nach Deckungsablehnung anwaltliche Beratung und
- Gegenvorstellung des VN
 - Prüfbereitschaft soll zielgerichtet wiederhergestellt werden
 - Zunehmendes Detaillierungsvermögen
 - Durch Deckungsablehnung Raum für substantiierte Nachbesserung
- VR stets „prüfbereit“, aber noch ist die Deckung abgelehnt
- Konsequenzen, wenn VN im „Wiederaufnahmeantrag“ seine Auskunfts- und Anzeigeobligationen
 - nicht (nur) verweigert,
 - sondern positiv verletzt?

Recht auf Täuschung?

- **NEIN!**
- *Bach* VersR 1992, 302; *Baumgärtl* VersR 1992, 601; Prölss/Martin-Prölss, § 28 Rn. 42; *Langheid* NJW 1991, 268; 1993, 695; r+s 1992, 3ff.
 - Deckungsablehnung gibt nur ein Recht auf Unterlassen, nicht auf Schlechterfüllung.
 - In der Phase zwischen Ablehnung und Wiederaufnahme kein Recht auf Täuschung.
 - Wiederaufnahmeantrag soll VR zur erneuten Prüfung veranlassen; das darf nicht durch falsche Angaben unterlegt werden, weil dann Deckungsentscheidung darauf beruht.

Recht auf Täuschung?

- **JA!**
 - Bruck/Möller-Heiss, § 28 Rn. 55 f.
- **Differenzierend :**
 - Römer/Langheid-Rixecker, § 31 Rn. 21: Pflicht zur Korrektur zuvor gemachter Falschangaben!
 - Wandt in: Langheid/Wandt, vor § 28 Rn. 36: Pflicht zur Berichtigung im Intervall der Deckungsablehnung arglistig gegebener Falsch-information ohne Aufforderung durch den VR!
 - Muschner in: Rüffer/Halbach/Schimikowski, § 31 Rn. 9: Der VN, der freiwillig eine Obliegenheit erfüllt und hierbei falsche Angaben macht, muss nicht immer mit einer vollständigen Leistungsfreiheit des VR rechnen.

Jetzt höchstrichterlich entschieden: JA!

BGH VersR 2013, 609

- Wohngebäudeversicherung (VGB 98). Nach Auszug des letzten Mieters wurde das Gebäude weiter beheizt, während einer Kälteperiode im Januar 2006 fiel die Heizung aus. Am 13.01.2006 kam es zu einem Wasseraustritt aus einem durch Frostbruch beschädigten Mischer.
- Gegenüber dem Regulierungsbeauftragten gab der Kl. u.a. an, letztmalig am 9. oder 10. 1. 2006 im Gebäude gewesen zu sein, wobei ihm Kälte nicht aufgefallen sei. Daraufhin lehnte die Bekl. die Versicherungsleistung mit Schreiben vom 07.02.2006 unter Berufung auf Nr. 13.1 VGB 98 ab und kündigte den Versicherungsvertrag.
- In einer unter dem 14.02.2006 an die Bekl. gerichteten anwaltlichen Aufforderung, ihre Entscheidung zu überdenken, ließ der Kl. vortragen, seine Ehefrau sei letztmalig am 12.01.2006 im Gebäude gewesen, das zu dieser Zeit noch warm gewesen sei. Am 20.02.2006 erwiderte die Bekl., es sei „noch eine Rückfrage erforderlich, um (den) Schaden weiter bearbeiten zu können“. Gleichzeitig wurden dem Kl. eine Stornierung der Wohnhauspolice und eine Schlussabrechnung übersandt.

- Nach Deckungsablehnung vom 07.02. keine Rechtspflichten mehr existent.
- Diese können deswegen durch die Mitteilung vom 14.02. nicht verletzt worden sein.
- Gleiches gilt für vertragliche Sanktionsabreden bei arglistiger Täuschung.
- Intervall zwischen Deckungsablehnung und erneutem Einstieg in die Deckungsprüfung bleibt daher

sanktionsfrei!

- Ergebnis rechtspolitisch unbefriedigend
 - *moral hazard*
- Ergebnis rechtsdogmatisch nicht zu halten
 - Alle genannten Argumente überzeugen nicht
- Methode der Begründung überraschend
 - Publierte Gegenmeinungen unbeachtet geblieben
 - Differenzierung zwischen Leistungsverweigerung und *Schlechterfüllung* wird nicht angesprochen
 - Methodik der gegebenen Hinweise

- Rechtsprechung sollte möglichst nie Arglist tolerieren
- VN nicht nur
 - als Individuum, sondern
 - auch im Kollektiv schützenswert
- Deswegen stets angemessener Interessenausgleich zwischen Individual- und Kollektivinteressen erforderlich
- Dann aber kann es ein Recht auf arglistige Täuschung nicht geben

Dogmatisch überzeugend?

- **Argument 1:**
Nach Deckungsablehnung keine Rechtspflichten mehr existent
- **Dagegen:**
 - Deckung soll ja gerade herbeigeführt werden = dafür Rechtspflichten um so wichtiger.
 - Deckungsablehnung führt zum Recht auf sanktionsfreie Verweigerung von Obliegenheiten...
 - ... aber nicht zum Recht auf Schlechterfüllung.
 - System der Obliegenheiten wird hier auf den Kopf gestellt, denn ...
 - ... hier geht es nicht um Obliegenheiten,
 - sondern um einen vom VN ausgehenden (neuen) Deckungsanspruch.

Dogmatisch überzeugend?

- **Argument 2:**
Mangels Existenz können Rechte des VR nicht verletzt werden
- **Dagegen:**
 - Bei erneuter Prüfung kein Unterschied zur ersten Deckungsprüfung.
 - Erfüllung einer Obliegenheit steht bei Stellen des Wiederaufnahmeantrags gar nicht zur Debatte
 - Es geht also nicht um die Erfüllung von Obliegenheit, sondern um selbstinitiierte Einflussnahme mit dem Ziel, Deckung doch noch herzustellen

Dogmatisch überzeugend?

- **Argument 3:**
Für Abreden bzgl. arglistiger Täuschung gilt nichts anderes.
- **Dagegen:**
 - VN steht jetzt deutlich besser dar als vor der ersten Deckungsentscheidung!
 - Am besten erst Deckungsablehnung herbeiführen...
 - ... dann sanktionsfrei Täuschungen möglich!
 - Und vertragliche Abrede ist für Leistungsfreiheit gar nicht erforderlich (BGH r+s 1992,1 = VersR 1991, 1129)

- Hinweis auf

BGH VersR 1999, 1535 unter II mit zust. Anm. von Knappmann
NVersZ 2000, 68

III. Vertragswidriges Verhalten nach Leistungsablehnung

[...] Der Versicherer ist wegen seiner eingeschränkten Nachprüfungsmöglichkeiten auf eine wahrheitsgemäße Information durch den VN angewiesen. [...] Diese Interessen entfallen, wenn der Versicherer seine Einstandspflicht bereits verneint und seine Prüfung demnach abgeschlossen hat. Ein Informationsbedürfnis besteht dann nicht mehr.

Das darf nicht dahin missverstanden werden, dass der VN nun berechtigt ist, falsche Angaben zu machen oder arglistig zu täuschen. Eine solche Berechtigung besteht (natürlich) nicht. [...]

Methodik Zitat Nr. 2

- Hinweis auf OLG Hamm VersR 1992, 301 [302] mit Anm. von Bach
- Während zuvor bei Knappmann von „zustimmender Anmerkung“ die Rede ist, wird hier ausgeblendet, dass die Anmerkung von Bach „ablehnend“ war

- Hinweis auf
Knappmann in Prölss/Martin, VVG 28. Aufl. § 31 VHB 2000 Rn. 2

§ 31 Wegfall der Entschädigungspflicht aus besonderen Gründen

Keine Leistungsfreiheit bei Täuschung nach Leistungsverweigerung durch Versicherer (Hamm VVGE § 22 VHB 84 Nr. 3 = VersR 92, 301 mit Anm. Bach, Lücke VersR 92, 182, 402, **Knappmann** NVersZ 2000, 68 **in Anm.** zu **BGH** NVersZ 2000, 87, **nach dem** eine arglistige Täuschung im Prozess nicht zu Leistungsfreiheit führt; anders BGH VersR 91, 1129 für einen Sonderfall, Römer/Langheid § 6 Rn. 112).

Also:

- Verweis erfolgt nur (!) auf die Entscheidung BGH NVersZ 2000, 87
- Anderslautende BGH-Rechtsprechung angeblich zu einem Sonderfall
- Auch *Römer* anderer Meinung
- Vor allem aber: *Knappmann* NVersZ 2000, 68 (69)??

Zur Erinnerung:

Knappmann NVersZ 2000, 68 (69):

„Das darf nicht dahin missverstanden werden, dass der Versicherungsnehmer nun berechtigt ist, falsche Angaben zu machen oder arglistig zu täuschen. Eine solche Berechtigung besteht (natürlich) nicht“.

BGH VersR 91, 1129 = Sonderfall?

- BGH VersR 91, 1129 ist identisch mit BGH r+s 92, 1 (s.o. Folie 5)
- Leistungsfreiheit bejaht worden, wenn VN innerhalb der Neuwertfrist arglistig täuscht
- Auch im Prozess (also trotz Leistungsablehnung)
- Dazu Langheid r+s 1992, 3: Deckungsablehnung führt nur zu einem Verweigerungs-, nicht zu einem Schlechterfüllungsrecht
- Dagegen Knappmann NVersZ 2000, 68ff.: Wegen angenommener Berichtigungspflicht Methodik von *Langheid* r+s 1992, 3 überflüssig: **VR auch so geschützt!!**
- Besonderheit?
 - Nur, dass der II. Senat entschieden hat und dass eine vertragliche Sanktion für Arglist nicht einmal vereinbart war

Hilft die Berichtigungspflicht wirklich?

- So Knappmann NVersZ 2000, 68;
- Römer/Langheid-Rixecker, 4. Aufl., § 31 Rn. 21:
Pflicht zur Korrektur zuvor gemachter
Falschangaben!
- Wandt in: Langheid/Wandt, vor § 28 Rn. 36:
Pflicht zur Berichtigung im Zeitraum der
Deckungsablehnung arglistig gegebener
Falschinformation ohne Aufforderung durch den
VR!

Wie soll das gehen?

- Zeitliche Komponente

- (Sanktionsfreie) Falschangabe im Wiederaufnahmeantrag
- Prüfung durch VU: Wiederaufnahme des Deckungsverfahrens
- Jetzt Pflicht zur Korrektur noch vor einer Entscheidung?
- Oder Korrektur nach (positiver) Entscheidung?

- Inhaltliche Komponente

- Korrektur der Falschangabe macht diese wertlos
- Warum erst sanktionsfrei täuschen, wenn Unterlassen der Korrektur dann sanktioniert wird?
- Pflicht zur Selbstanzeige einer strafbaren Handlung?

- Ergebnis: Eine solche Berichtigungspflicht funktioniert nicht!

- Nach BGH VersR 2013, 609 steht dem VN das nicht sanktionierte Recht zu, in einem Wiederaufnahmeantrag zu täuschen.
- Rechtspolitisch nicht überzeugend: Der (jedenfalls der unseriöse) VN sorgt erst mal für eine Deckungsablehnung und konstruiert seine Geschichte richtig!
- Rechtsdogmatisch auch nicht überzeugend: Keiner der angeführten Gründe ist stichhaltig.
- Zitatmethode überraschend.
- Berichtigungspflicht funktioniert nicht.
- Lösung: AVB neu schreiben!